

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 16. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Dezember 2005, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

i.V. von Thomas Stritzl

Anette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ingenieurgesetzes	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/337	
2. Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/253	
3. Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken - Prioritäten setzen	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/322	
4. Sachstandsbericht des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr zum Programm AIM (Ausbildung und Integration junger Migrantinnen und Migranten) der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein	10
hierzu: Umdruck 16/418	
5. Keine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke	5
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/304	

6. Keine Privatisierung des deutschen Autobahnnetzes	6
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/305	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/358	
7. Perspektiven für die Westküste	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/344	
8. EU-Strukturförderung	14
Mündlicher Bericht der Landesregierung	
9. Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Ausschuss befasst sich zunächst mit Punkt 5 der Tagesordnung:

Keine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/304

(überwiesen am 10. November 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Ohne weitere Aussprache stellt der Ausschuss die Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an das Plenum bis zur Vorlage eines Votums des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Keine Privatisierung des deutschen Autobahnnetzes

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/305

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/358

(überwiesen am 9. November 2005)

Ohne weitere vertiefte Aussprache stimmen die Ausschussmitglieder einvernehmlich alternativ über die Anträge Drucksachen 16/305 und 16/358 ab. - Der Antrag Drucksache 16/305 findet die Zustimmung der Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Antrag Drucksache 16/358 findet die Zustimmung der Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Damit wird dem Plenum des Landtages vom Wirtschaftsausschuss die Empfehlung unterbreitet, den Antrag Drucksache 16/358 unverändert anzunehmen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ingenieurgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/337

(überwiesen am 9. November 2005)

Die Ausschussmitglieder kommen überein, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll bis zum 16. Dezember gegenüber der Ausschussgeschäftsführung benannt werden. Als Termin für die Abgabe der Stellungnahmen wird der Zeitpunkt Ende Januar 2006 festgelegt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/253

(überwiesen am 30. September 2005 an den **Europaausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf Fragen der Abgeordneten Langner und Harms in Würdigung der in der gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses und des Wirtschaftsausschusses zum Bericht der Landesregierung am 16. November 2005 in Padborg gewonnenen Erkenntnisse betont M Austermann, dass das Thema maritime Kompetenz für die Landesregierung eine hohe Wertstellung habe und dass er deshalb den von Herrn Dr. Gackstatter von der Firma „Monitor Group“ in der gemeinsamen Sitzung geäußerten gegenteiligen Eindruck für falsch halte. Des Weiteren sei zu sagen, dass im Wissenschaftsbereich zwischen der Süddänischen Universität und der Universität Flensburg eine hervorragende Zusammenarbeit entstanden sei, und man werde alles tun, um dem Eindruck entgegenzutreten, dass unter Umständen durch das neue Hochschulgesetz diese gute Zusammenarbeit in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden könnte. Auch die Umsetzung der Clusteranalyse Sønderjylland-Schleswig-Holstein werde durch die Einsetzung eines Ansprechpartners bei der IHK Flensburg auf der Seite der schleswig-holsteinischen Wirtschaft sicherlich Impulse erhalten. Der für den 13. Februar 2006 in Flensburg geplante deutsch-dänische Workshop, zu dem er, M Austermann, die Ausschussmitglieder einlade, solle im Übrigen der Frage dienen, wie einem noch festzustellenden Mangel bei der Umsetzung von vielen bereits bestehenden Konzepten abgeholfen werden könne.

Mit der Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung zur Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark, Drucksache 16/253, erklärt der Ausschuss seine Beratungen insoweit für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken - Prioritäten setzen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/322

(überwiesen am 11. November 2005 an den Bildungsausschuss)

hier: Behandlung gem. Art. 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2
GeschO

Der Ausschuss spricht sich einmütig dafür aus, den Bericht der Landesregierung im Rahmen der nächsten Plenartagung einer öffentlichen Diskussion zuzuführen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr zum Programm AIM (Ausbildung und Integration junger Migrantinnen und Migranten) der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein

hierzu: Umdruck 16/418

M Austermann führt einleitend aus, dass das Projekt AIM 1998 anerkannt worden sei; es habe seine Stärken vor allem im Bereich der Beratung von Jugendlichen, insbesondere von Mädchen. Dafür gebe es zwei Standorte in Lübeck und in Elmshorn. In Lübeck werde das Programm auch von der Possehl-Stiftung unterstützt. Zur Bewertung sei zu sagen, dass das Projekt im Bereich der Akquisition im Vergleich zu anderen Einrichtungen keine zufrieden stellenden Ergebnisse erziele. Die Akquisitionserfolge seien „grenzwertig“. Demgegenüber hätten die IHK-Akquisiteure bessere Ergebnisse erreicht. Die IHK-Akquisiteure hätten 240 Betriebe besucht und 100 Ausbildungsplätze erreicht, der AIM-Akquisiteur habe im vergangenen Jahr 106 Betriebe besucht und sieben Ausbildungsplätze gewinnen können. Das Projekt koste für ein Jahr knapp 130.000 €.

Ab dem 1. Januar 2006 solle die Akquisition von AIM in das IHK-Konzept integriert werden, und zwar in Abstimmung mit der Türkischen Gemeinde. Es werde einen Akquisiteur geben, der einen entsprechenden kulturellen Hintergrund habe.

Daneben - so fährt M Austermann fort - habe es Bemühungen gegeben, dass sich die Türkische Gemeinde an einem Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beteilige, das sich STARregio nenne. Dieses Projekt sollte ab 1. Januar 2006 in Gebieten greifen, die eine bestimmte Struktur aufwiesen. Dieses Projekt sei nicht zustande gekommen, weil der Antrag zu spät eingereicht worden sei. Darüber hinaus werde für die zusätzlichen Gebiete auf neue Job-Starterförderung durch das BMBF ab 1. April 2006 gesetzt.

M Austermann betont sodann, dass es dem Land bei der Behandlung des gesamten Projektes nicht um Einsparungsgesichtspunkte gehe, aber es sei eben festzustellen, dass die Erfolge zu wünschen übrig ließen, sodass man eine zweigeteilte Weiterführung versuchen werde: Beratung auf der einen Seite weiter durch AIM und auf der anderen Seite die Akquisition in Zusammenarbeit mit der IHK. Wegen der größeren Nähe der IHKs zur Wirtschaft, zu Arbeitsplätzen und zu Ausbildungsplätzen halte er, M Austermann, dies für ein vernünftiges Modell.

Wenn sich die Possehl-Stiftung weiter beteilige, werde auch die Landesregierung die Förderung des Projektes für den Bereich Beratung nach dem 31. Mai 2006 fortführen.

Abg. Müller spricht sich trotz der von M Austermann genannten Fakten dafür aus, der Türkischen Gemeinde zumindest für 2006 noch einmal eine Chance zu geben, ihre Arbeit, die auch einen sehr starken Integrationshintergrund habe, fortführen zu können. Bei der Türkischen Gemeinde sei doch der subjektive Eindruck entstanden, dass die Entscheidung der Landesregierung sehr kurzfristig gefallen sei und dass ihre Arbeit für die Menschen mit Migrationshintergrund so nicht genügend gewürdigt würde. Unter Umständen sei ja auch ein gemeinsames Projekt der Türkischen Gemeinde mit der IHK möglich, in das die dann unbestritten hohe Kompetenz der IHK in diesem Bereich einfließen könne.

Abg. Langner erklärt, sie habe die Ausführungen von M Austermann so verstanden, dass der Türkischen Gemeinde das Projekt AIM nicht weggenommen werden solle, sondern dass künftig in Kooperation mit der IHK Stärken und Kompetenzen der Akteure gebündelt werden sollten, damit das Projekt erfolgreicher laufen könne. Sie glaube, dass dies auch der richtige Weg sei, also das Projekt nicht ganz von der Türkischen Gemeinde wegzunehmen, sondern die Kompetenzen, die bei der Türkischen Gemeinde lägen, weiterhin zu nutzen und die Arbeit grundsätzlich durch die IHK mit ihrer Wirtschaftskompetenz zu stärken. Diese sollte auch in die Öffentlichkeit und in Richtung der Türkischen Gemeinde transportiert werden, damit die von Abg. Müller angesprochenen möglichen Missverständnisse ausgeräumt werden könnten.

Abg. Müller fragt nach, wer in Zukunft Träger des Projektes sein solle, wer unmittelbar mitentscheiden solle und wie die Türkische Gemeinde in die von M Austermann vorgetragenen Vorstellungen für 2006 eingebunden werden solle.

M Austermann erwidert, er gehe im Moment davon aus, dass das Projekt im Bereich Akquisition von der IHK und von der Türkischen Gemeinde zusammen verwirklicht werde - dies mit einem Akquisiteur, der Migrationshintergrund habe -, dass aber Träger des Projektes die IHK sei, dass weiter die Beratung bei der Ausbildung und Integration junger Migrantinnen und Migranten durchgeführt werde und das Land das Projekt weiter unterstütze.

RL Leopold ergänzt, es solle auf Bundesebene eine neue Förderrunde mit einem neuen Programm geben, dessen Beginn der 1. April 2006 sein solle. Um zu vermeiden, dass es wieder Irritationen aufseiten des Bundes gebe, habe er mit der Türkischen Gemeinde vereinbart, dass man sich rechtzeitig einen Termin beim BMBF geben lassen wolle, um dabei gerade den etwas heiklen Punkt der „Zusätzlichkeit“ zu besprechen, sodass die Voraussetzungen für eine positive Bescheidung des Antrages erfüllt seien. Was die weitere Arbeit betreffe, so habe er,

RL Leopold, mit der Türkischen Gemeinde rechtzeitig gesprochen. Der jetzt laufende Zuwendungsbescheid sei bereits so ausgelegt, dass die Akquisitionstätigkeit noch bis zum 31. Dezember 2005 laufen könne und dass ab dem 1. Januar 2006 der Bescheid „nur noch“ die Beratungstätigkeit unterstütze. Dabei sei noch einmal zu betonen, dass die Beratungstätigkeit doch ein ganz wertvoller Bestandteil des Integrationskonzeptes sei. Insofern befinde man sich also in enger Abstimmung mit der Türkischen Gemeinde.

Auf weitere Fragen von Abg. Müller erwidert RL Leopold unter anderem, dass die Zusammenarbeit der IHK und der Türkischen Gemeinde bislang nicht auf eine formale Grundlage gestellt worden sei, dass es aber diesbezüglich sicherlich noch entsprechende Vereinbarungen geben werde. Er, RL Leopold, gehe davon aus, dass die Maßnahme, deren Förderung bis zum 31. Mai 2006 befristet sei, weitergehen werde, zumal das Projekt in Lübeck auf ungetrübte Zustimmung stoße und immer sehr positiv bewertet worden sei. Sollte die Possehl-Stiftung als Mitfinanzier nicht mehr zur Verfügung stehen, könne die Mitfinanzierung auch durch einen anderen Partner erfolgen, wie dies in der Vergangenheit zum Beispiel auch schon einmal die Arbeitsagentur gewesen sei.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Perspektiven für die Westküste

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/344

(überwiesen am 11. November 2005 zur abschließenden Beratung)

Nach nochmaliger Diskussion der Linienführung der zukünftigen B 5 auch mit Blick auf das Naturprojekt „Jelstrom“ schließt der Ausschuss seine Beratungen über den Bericht der Landesregierung mit der Kenntnisnahme des Berichts ab.

Punkt 8 der Tagesordnung:

EU-Strukturförderung

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 11. November 2005 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Euro-paausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Dr. Garg wiederholt seine im Berichts Antrag Drucksache 16/318 gestellten sowie von ihm auch im Rahmen der Parlamentsdebatte über den von M Austermann gegebenen Bericht gestellten Fragen, wie sich die Landesregierung konkret darauf vorbereite, wenn die EU-Fördermittel ab 2007 erheblich geschmälert würden. - M Austermann betont, dass seine darauf in der Plenardebatte am 11. November 2005 gegebene Antwort im Wesentlichen nach wie vor Gültigkeit habe. Solange sich die EU-Ratsmitglieder nicht über die Fragen des EU-Haushalts geeinigt hätten, blieben alle diesbezüglichen Überlegungen reine Spekulation. Erforderlich sei zunächst die Entscheidung auf europäischer Ebene sowie dann die Entscheidung auf nationaler Ebene, wie es mit der GA-Förderung weitergehen solle.

Tatsache sei - so M Austermann auf Fragen von Abg. Müller weiter -, dass die Zahlungen der einzelnen EU-Länder in den EU-Haushalt nicht mehr als 1 % ausmachen sollten. Dies sei nach wie vor auch seine Meinung, betont M Austermann. Eine ausdrückliche Beschlussfassung des Landeskabinetts gäbe es dazu bisher nicht.

Abschließend erklärt sich M Austermann bereit, dem Ausschuss einmal eine Liste von Sparmöglichkeiten auf EU-Ebene zur Verfügung zu stellen, die unter anderem auch Vorschläge des Bundes der Steuerzahler enthalte und Fördermaßnahmen beschreibe, die bei kritischer Betrachtung den Einsatz von Steuergeldern nicht rechtfertigten.

Mit der Kenntnisnahme des mündlichen Berichts der Landesregierung zur EU-Strukturförderung erklärt der Ausschuss seine Beratungen hierüber für abgeschlossen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, weist der Vorsitzende, Abg. Arp, darauf hin, dass der Finanzausschuss am 2. Februar 2006 gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss eine Berichterstattung zum Thema „Mehrwertsteuerbetrug“ entgegennehmen und diskutieren werde.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Protokollführerin